

Teil III

Auswahl kleiner sächsischer Wendegeschichten

Folgende Flugzettel schickte uns ein Bürger aus Großolbersdorf. Diese verteilte er in den Jahren 1980 bis 1990 in Abständen, nach seiner Nachtschicht, mit dem Trabant im Raum Zschopau. Die Aktion war so geheim, daß er nicht einmal seiner Frau davon berichtete. Sämtliche Flugzettel sind mit Tinte geschrieben, damit der Regen die Schrift verwischt und kein Nachweis möglich war.

Schluß
mit
der DDR-
Diktatur

Nieder
mit
der SED
Wir wollen
Freiheit!

Die SED
ist das
Unglück
für
Deutschland

Ein Mitglied des LDPD-Stadtvorstandes Radebeul und Vorsitzender des Wahlvorstandes im Radebeuler Wahlbezirk 21 schrieb folgenden Brief an den Bürgermeister der Stadt, nachdem das offizielle Wahlergebnis in der Zeitung stand.

Radebeul, 11. 5. 1989

Sehr geehrter Parteifreund Bürgermeister:

In unserem Gespräch am 27. 1. d. J. versicherten Sie mir, alles, was Sie als Vorsitzender der Wahlkommission der Stadt Radebeul für die Kommunalwahl am 7. Mai zu verantworten haben, werde rechnerisch sein. Meine inzwischen gesammelten Erfahrungen als Vorsitzender des Wahlvorstandes im Radebeuler Wahlbezirk 21 belehren mich leider eines Schlechteren! Deshalb fühle ich mich nach reiflicher Überlegung veranlaßt, in diesem Schreiben einige mich bedrückende Probleme aufzuwerfen. Am 5. 5. d. J. baten Sie mich, Sie bezüglich dieser Angelegenheit nicht in der Öffentlichkeit zu "bekriegen". Deshalb wähle ich die Form des Einschreibebriefes an Ihre Privatadresse.

1. Im Wahlbezirk 21 wollten neun Bürger mit Erst-, aber ohne Zweitnumerierung in der Wählerliste von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, die weder im Sonderwahllokal gewählt hatten noch längere Zeit im Ausland weilten. Es handelt sich um folgende Personen:

-
-
-
-
-
-
-
-
-
-

Weisungsgemäß händigte ihnen der Wahlvorstand die Stimmzettel aus und stellte nachträglich die entsprechenden Wahlscheine aus.

Ich zweifle an, daß bei diesen Bürgern (und möglicherweise vielen weiteren, da die evtl. Stimmabgabe im Sonderwahllokal für den Wahlvorstand leider - von wem gewollt? - nicht erkennbar war) die Zweitnumerierung in der Wählerliste versehentlich fehlte! Ich unterstelle, daß vielmehr vom Wahlbüro derartig verfahren wurde, um die Zahl der Wahlberechtigten ("Sollzahl") nicht durch "potentielle Nichtwähler" zu belasten! (Warum sonst sollte die "Sollzahl" bei der mündlichen Ergebnisbekanntgabe im Wahllokal nicht genannt werden?)

Beweisen Sie mir, falls Sie es können, das Gegenteil!

2. Für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung Radebeul sah die Wahlbeteiligung wie folgt aus im Wahlbezirk 21:
- | | |
|---|------------|
| Zahl der Wahlberechtigten laut Zweitnumerierung (fragwürdig!) | 469 |
| " " " " mit Wahlschein | 12 |
| <u>Zahl der Wahlberechtigten insgesamt</u> | <u>481</u> |
| Zahl der abgegebenen Stimmen | 441; |
- das entspricht einer Wahlbeteiligung von 91,68 % (a)

Der Leiter des Wahlbüros der Stadt Radebeul, Kollege Meißner, nannte auf Befragen in der Beratung der Leitung des NP-Stadtausschusses am gestrigen Tage für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung Radebeul eine Gesamt-Wahlbeteiligung von 98,29 % (b) und beteuerte eilfertig: "Wir haben nichts manipuliert!"

Nennen Sie mir, falls Sie es können, diejenigen Radebeuler Wahlbezirke, deren Prozentsatz so viel besser als (a) ist, daß sich der Prozentsatz (b), beide Sonderwahllokale mit berücksichtigt, rechnerisch einwandfrei ergibt!

-2-

-2-

3. Hinsichtlich der Verteilung der Stimmen zur Stadtverordnetenversammlung Radebeul ergab sich folgendes Bild im Wahlbezirk 21:
- | | | |
|--|-----|------------|
| Zahl der ungültigen Stimmen | 0 | 0,00 % (c) |
| " " gültigen " | 441 | 100,00 %; |
| davon für den Wahlvorschlag der Nationalen Front | 398 | 90,25 %; |
| " gegen " " ("Gegenstimmen") | 43 | 9,75 % (d) |

Die von Kollegen Meißner in o. g. Veranstaltung angegebenen Prozentsätze für Radebeul insgesamt lauten:

- Ungültige Stimmen 0,10 % (e)
- "Gegenstimmen" 12,03 % (f)

Sie liegen also etwas schlechter als die Prozentsätze (c) bzw. (d).

Mit um so größerer Verwunderung mußte ich der "Sächsischen Zeitung" vom 10. 5. 1989 auf Seite 3 das folgende "endgültige Ergebnis" für die Stadtverordnetenversammlungen der kreisangehörigen Städte und die Gemeindevertretungen des Kreises Dresden-Land entnehmen (Auszug):

"Gültige Stimmen insgesamt	75 737	99,91 % (g)
Gegen den Wahlvorschlag	1 780	2,35 % (h)

In einer Beratung am 20. 4. 1989 mit Beauftragten des Radebeuler NP-Stadtausschusses hatte SED-Ortssekretär Menz öffentlich die Zahl der Wahlberechtigten unserer Stadt mit 25 001 (i) beziffert; diese dürfte sich bis zum Wahltag nur unwesentlich verändert haben. Danach erhält man als Zahl der gültigen Radebeuler Stimmen

$$(i) \cdot (g) \cdot [100,00 \% - (e)] = 24 549 (j)$$

(wäre das Radebeuler Wahlergebnis in der Presse veröffentlicht worden, hätte ich mir diese Rechnung sparen können!)

Als Zahl der gültigen Stimmen für Radeberg, Radeburg und alle Gemeinden des Kreises Dresden-Land ergibt sich dann

$$(g) - (j) = 51 188 (k)$$

Nähme man für letztere das "Traumergebnis" 0,00 % "Gegenstimmen" an, so bekäme man für alle Städte und Gemeinden unseres Kreises als bestmögliches Ergebnis

$$[(j) \cdot (f) + (k) \cdot 0] : (g) = 2,90 \% (l) \text{ "Gegenstimmen"}$$

(h) liegt noch beträchtlich "besser" als das bestmögliche Ergebnis (l) ist also auf jeden Fall falsch!

Erklären Sie mir, falls Sie es können, wer ein offensichtlich "aufge bessertes" (also gefälschtes) Radebeuler Ergebnis in das Kreis-Ergebnis einfließen ließ, und veranlassen Sie, bitte, die notwendige Korrektur durch den Vorsitzenden der Wahlkommission des Kreises Dresden-Land!

Das sind nur einige der Ungereimtheiten rund um die Kommunalwahl vom 7. Mai, zu denen ich nicht schweigen kann! (Die Zahlen aus dem Radebeuler Wahlbezirk 21 habe ich auswendig gelernt, da ich alle Hilfsnotizen auf dem Rathaus abzuliefern hatte.) Ich erkläre ausdrücklich, daß ich weder vom Klassengegner noch von kirchlich organisierten Kräften "vorgeschickt" bin, um Ihnen die Ausübung Ihrer staatlichen Funktion zu erschweren; vielmehr folge ich meinem Gewissen und möchte als Parteibeauftragter der LDPD denjenigen Liberaldemokraten ehrlich in die Augen blicken können, denen Wahrhaftigkeit, Fairness und Offenheit unter allen Bedingungen am Herzen liegen.

Von einer wahrheitsgemäßen, freimütigen schriftlichen Stellungnahme Ihrerseits zu den drei dargestellten Problemen rechtzeitig vor der Beratung des LDPD-Stadtvorstandes Radebeul mit unseren Stadtverordneten am 29. d. M. an meine Privatadresse (Radebeul,) wird die Atmosphäre unserer weiteren Zusammenarbeit wesentlich abhängen.

Mit parteifreundschaftlichen Grüßen

Nach Bekanntgabe des Ergebnisses der Kommunalwahl wird aus Moritzburg folgende Eingabe an den Kreisausschuss Dresden-Land der Nationalen Front geschickt:

An Nationale Front
Kreisausschuß Dresden-Land
Rehefelder Str. 20
Dresden 8023

16.Mai 1989

Betr.: Endgültiges Ergebnis der Wahlen am 7.Mai 1989

Es ist zum Verzweifeln, mit wem ich auch über die Wahl vom 7.Mai 1989 spreche, die gleichen trostlosen Antworten. Wer bei einer Auszählung war oder Leute gesprochen hat, die an einer teilgenommen haben, erzählen von mehr Gegenstimmen (um die 10 %) und einer geringeren Wahlbeteiligung (um die 90 %) als in der Zeitung veröffentlicht. Dies wird dann meist so kommentiert, daß bei uns sowieso keine Zahlen stimmen. Andere wiederum sehen sich dadurch in ihrer Auffassung bestätigt, die Wahl nicht als Wahl anzuerkennen.

Aus dem, was ich erlebt und gehört habe, ergibt sich für mich folgendes:

Das für den Kreis Dresden-Land veröffentlichte Wahlergebnis kann so nicht stimmen.

Danach müßte Moritzburg mit seinen 92,6 % Wahlbeteiligung und seinen 90,46 % Stimmen für den Wahlvorschlag weit unter dem Kreisdurchschnitt liegen, angegeben mit 98,11% bzw. 97,65%.

Doch allein in Radebeul hat es weit mehr Gegenstimmen gegeben als für den ganzen Kreis angezeigt worden sind, 12,03 %.

Daß mit den Wahlzahlen irgend etwas nicht stimmt, wird für mich auch darin deutlich, daß das am Rathaus Moritzburg ausgehängte örtliche Wahlergebnis am Freitagmittag auf Anordnung von oben wieder entfernt werden mußte. Ich kann darin nur den Versuch einer Vertuschung argwöhnen.

Um weiteren schlimmen Schaden zu verhüten und der ständig wachsenden ohnmächtigen Staatsverdrossenheit zu wehren, bitte ich den Kreisausschuß der Nationalen Front Dresden-Land nach § 43/1 des Wahlgesetzes gegen die Gültigkeit der Wahl im Bereich des Landkreises Dresden Einspruch einzulegen.

Da ich nicht einschätzen kann, ob das der richtige Schritt in der entstanden Situation ist, schicke ich einen Durchschlag dieses Briefes an den Nationalrat der Nationalen Front, an den Rat des Bezirkes Dresden, Bezirkswahlkommission, und an das Ev.-Luth. Landeskirchenamt Sachsens zur Kenntnisnahme und Bearbeitung.

Hochachtungsvoll

Dieses Plakat machte auf die Umweltwoche vom 04.–11. Juni 1989 in der Ev.-Luth. Kirchgemeinde von Weinböhla aufmerksam.

Am 5. Juni wurde im Filmtheater von Weinböhla der Film „Erinnerung an eine Landschaft“ gezeigt. Der Dokumentarfilm handelt von den Bewohnern dreier Dörfer im Braunkohlegebiet des Bezirkes Leipzig. Die Häuser dieser Orte standen auf Kohle. Die Filmleute haben den Prozess des Abrisses und der Umsiedlung der Dörfer fünf Jahre lang beobachtet. Bei der Filmvorführung wurde die Dunkelheit des Kinos zu kritischen Zwischenrufen oder spöttischem Gelächter über die „DDR-Errungenschaften“ genutzt.



In der Nacht auf den 6. August 1989 wurde von einem Bürger in Großerkmannsdorf am Gerüst an einem Wohnhaus das abgebildete Plakat angebracht.

Selbst der ABV unternahm nichts. Er versuchte zwar, das Plakat herunterzuholen, doch es fehlte dann der Mut. Zwei Tage später beauftragte der Bürgermeister des Dorfes einen Mann, es abzunehmen.

Im Herbst 1987 war das Gerüst aufgestellt worden. Den Hausbewohnern war aufgetragen worden, den restlichen Putz an den Außenwänden abzuhacken, den das Haus sollte sofort neu verputzt werden. Innerhalb einer Woche war der Putz ab, doch kein Maurer kam. Zu den Wahlen im Mai 1989 weigerten sich die Hausbewohner geschlossen, ihre Stimme abzugeben. Der Bürgermeister suchte die sechs Familien persönlich auf und versprach, dass alles in kurzer Zeit gemacht würde. Doch wiederum blieb es bei diesen Versprechungen.



Am 22. August 1989 wird in der „Freien Presse“ dieser Leserbrief einer Frau aus Stuttgart abgedruckt. (Abschrift auf der nächsten Seite)

Ein Brief aus Stuttgart...

Ingrid Sacka
Waldstr. 142
7000 Stuttgart 80,

09. August 1989

An die
"Freie Presse"
- Leserbriefe -

DDR 8581 Zwickau

Leserbrief

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn Sie in Ihrer Zeitung Leserbriefe veröffentlichen, möchte ich Sie bitten - trotz höchster politischer Brisanz - diesen Brief in Ihrer Rubrik aufzunehmen.

Es ist uns Bundesbürgern ganz und gar unverständlich, dass heraus viele DDR-Bürger als "Ausreisewillige" die "Ständige Vertretung" in Ost-Berlin sowie die Deutsche Botschaft in Ungarn "belagern". Wenn diese Menschen wüssten, was sie hier, wenn nach kurzer Zeit die Sozialleistungen eingestellt werden, erwartet, würden diese "Ausreisewilligen" keinen Gedanken mehr an "Westbesuchstrung" bzw. Republikflucht verschwenden. Die Argumente, "auch einmal nach Spanien oder Griechenland reisen zu können", ist so etwas von "soudous", denn 80% der Bundesbürger könnten sich nach nie eine Auslandsreise leisten. Die "Ausreisewilligen" wissen mit Sicherheit, wozu hohe Arbeitslosen-Quote wir in der BRD haben. Aber diese Leute denken nicht daran, dass wir mit unseren Steuern für sie bezahlen müssen. Sie dann 2/3 von den "Ausreisewilligen" als Unschlüsse auf der Straße enden. Ich habe viele Verwandte in der DDR und kenne das Land gut. Wenn es nur ein wenig, die "Freiheit" in Westeuropa sei eben die Freiheit, hat er sich verdammt nochmal "geschnitten". In Grunde genießen meine Verwandten in der DDR mehr Freiheit, als wir uns hier je erträumen könnten. Die Menschen wussten offensichtlich, dass sie zuerst erhalten müssen, um sich etwas leisten zu können. Hier gibt es aber keine Arbeitsplätze, und eine "Freiheit" als Penner ist keine allzu große Sache.

Wst "Jacobus-Kaffee" und "VHS"-Reise ist das Leben nach Ostdeutschland

wenig gelebt.

Die Menschen wissen erst, wenn sie in der BRD untergekommen sind, in welchem Sozialstaat sie gelebt haben, der Jaster ist dann zwar scheinlich groß, aber nicht mehr zu erleben.

Ich vermute es nicht, dass Menschen ihr Vaterland "verkaufen", weil sie sich einbilden, die "gebratenen" (leben) fliegen können. Wollte "Wst" in der BRD gibt es nur noch wenige Taten, wie die sind "ausgeschlachtet".

Wir BRD-Bürger lieben "Westdeutsche" bzw. "Republik-Flüchtlinge" auf jeden Fall. Und wir wissen, dass die DDR ein soziales Land ist, und "Freiheit" besser geschrieben wird, als bei uns. Natürlich nur, wie auf der Ostseite Erde, wenn jeder Einzelne etwas für sein Land tut, und nicht nur sein Maul aufsperrt, um die "Gebratenen" zu schlucken.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte mich wirklich nicht in politische Dinge einmischen, aber vielleicht ist es trotzdem möglich, dass Sie Ihre Leserbriefe das ganze Sachverhalt aus "Sicht" einer BRD-Bürgerin vor Augen halten.

Mein Mann und ich sind unbegleitete Bürger, können die DDR sehr gut und wenn wir die Wahl hätten, würden wir uns für ihr Land entscheiden.

Mit freundlichen Grüßen

Ingrid Sacka

Ingrid Sacks

9. August 1989

An die
„Freie Presse“
– Leserbriefe –
DDR 9591 Zwickau

Leserbrief

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn Sie in Ihrer Zeitung Leserbriefe veröffentlichen, möchte ich Sie bitten – trotz höchst politischer Brisanz – meinen Brief in Ihre Rubrik aufzunehmen:

Es ist uns Bundesbürgern ganz und gar unverständlich, dass dermassen viele DDR-Bürger als „Ausreisewillige“ die „Ständige Vertretung“ in Ost-Berlin sowie die Deutsche Botschaft in Ungarn „belagern“. Wenn diese Menschen wüssten, was sie hier, wenn nach kurzer Zeit die Sozialleistungen eingestellt werden, erwartet, würden diese „Ausreisewilligen“ keinen Gedanken mehr an „Nestbeschmutzung“ bzw. Republikflucht verschwenden. Die Argumente, „auch einmal nach Spanien oder Griechenland reisen zu können“, ist so etwas von „saudumm“, denn 80 % der Bundesbürger konnten sich noch nie eine Auslandsreise leisten. Die „Ausreisewilligen“ wissen mit Sicherheit, welche hohe Arbeitslosen-Quote wir in der BRD haben. Aber diese Leute denken nicht daran, dass wir mit unseren Steuern für sie bezahlen müssen. Bis dann 2/3 von den „Ausreisewilligen“ als Obdachlose auf der Straße enden. Ich habe viele Verwandte in der DDR und kenne das Land gut. Wenn aber einer meint, die „Freiheit“ im Westen sei eben die Freiheit, hat er sich verdammt nochmal „geschnitten“. Im Grunde genießen meine Verwandten in der DDR mehr Freiheit, als wir uns hier je erträumen könnten. Die Menschen vergessen offensichtlich, dass sie zuerst arbeiten müssen um sich etwas leisten zu können. Hier gibt es aber keine Arbeitsplätze, und eine „Freiheit“ als Penner ist keine allzu große mehr.

Mit „Jacobs-Kaffee“ und „TUI“-Reisen ist das Leben noch ebenso wenig gelebt.

Die Menschen wissen erst, wenn sie in der BRD untergegangen sind, in welchem Sozialstaat sie gelebt haben, der Jammer ist dann zwar unendlich groß, aber nicht mehr zu reparieren.

Ich verstehe es nicht, dass Menschen ihr Vaterland „verkaufen“, weil sie sich einbilden die „gebratenen Tauben“ fliegen ihnen woanders „ins Maul“. In der BRD gibt es nur noch wenige Tauben, und die sind „salmonellenverseucht“.

Wir BRD-Bürger lehnen „Nestbeschmutzer“ bzw. „Republik-Flüchtlinge“ auf jeden Fall ab, zumal wir wissen, dass die DDR ein soziales Land ist, und „Freiheit“ grösser geschrieben wird als bei uns. Natürlich nur, wie auf der ganzen Erde, wenn jeder Einzelne etwas für sein Land tut, und nicht nur sein Maul aufsperrt, um die „Gebratenen“ zu schlucken.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte mich wirklich nicht in politische Dinge einmischen, aber vielleicht ist es trotzdem möglich, dass Sie Ihren Lesern einmal die ganze Sache aus „Sicht“ einer BRD-Bürgerin vor Augen halten.

Mein Mann und ich sind unbescholtene Bürger, kennen die DDR sehr gut und wenn wir die Wahl hätten, würden wir uns für Ihr Land entscheiden.

Mit freundlichen Grüßen

Ingrid Sacks

Im gesamten Vogtland machte daraufhin folgendes Gedicht die Runde:

Reim auf einen Leserbrief

Vor kurzem kam zur „Freien Presse“
ein Leserbrief mit großer Fresse.

Aus Stuttgart schrieb die „Rote“ Tante,
sie hätt 'nen Haufen Ost-Verwandte
und könnt, es ist fast nicht zu glauben,
ein Urteil sich dazu erlauben,
wie „frei“ man hierzulande lebt
und fast im 7. Himmel schwebt,
und käm sofort, hätt sie die Wahl,
in Erichs großen Wartesaal.
Die gute Frau, die würde lauschen,
müßt sie mit uns die Wohnung tauschen,
mit leerem Korb durch Läden hetzen
und nicht von weitem „saudumm“ schwätzen.
Das Ost-Geld in der Hand rundrehen,
den Intershop von außen sehen.
Dann könnt sie hinterm Mond mal bellen
und könnt ihr Auto hier bestellen.
Sie braucht es auch nicht gleich zu kaufen
und könnt noch 17 Jahr „frei“ laufen
könnt täglich fein und billig essen,
den Westen würd sie schnell vergessen.

Hier gibt's Kartoffeln für die Sau,
das Fleisch ist fett, die Wurst ist grau,
und ist sie rot, strotzt sie vor Salz,
im Bier ist Galle, kaum noch Malz,
Vom Schweizerkäs' gibt's nur die Löcher
nur Wodka gibt es noch und nöcher,
die Butter schmeckt wie Sahnequark,
's Pfund Kaffee kost bald 40 Mark,
zum Nachtisch eine Südfrucht-Fete
– statt Ananas nur rote Beete.
Hier gibt es keinen Euroscheck,
Bahn und Busse stehn vor Dreck.
Ob Autobahn, ob Eurostraße,
das Auto hoppelt wie ein Hase.
Gar vieles ist hier nur Atrappe,
wie unser „Trabi“ – alles Pappe.
Ist werktags auch die Arbeit knapp,
am Samstag ist der Bart dann ab.
Ob du dafür bist oder nicht –
„Subbotnik“ oder „Friedensschicht“.
So kannst du's haben bis zur Rente,
stets ein „freies“ Wochenende.
Was unser Staat zu bieten hat?

Die „Nestbeschmutzer“ ham's halt satt.

Wer denkt, hier ist er im Geschick:

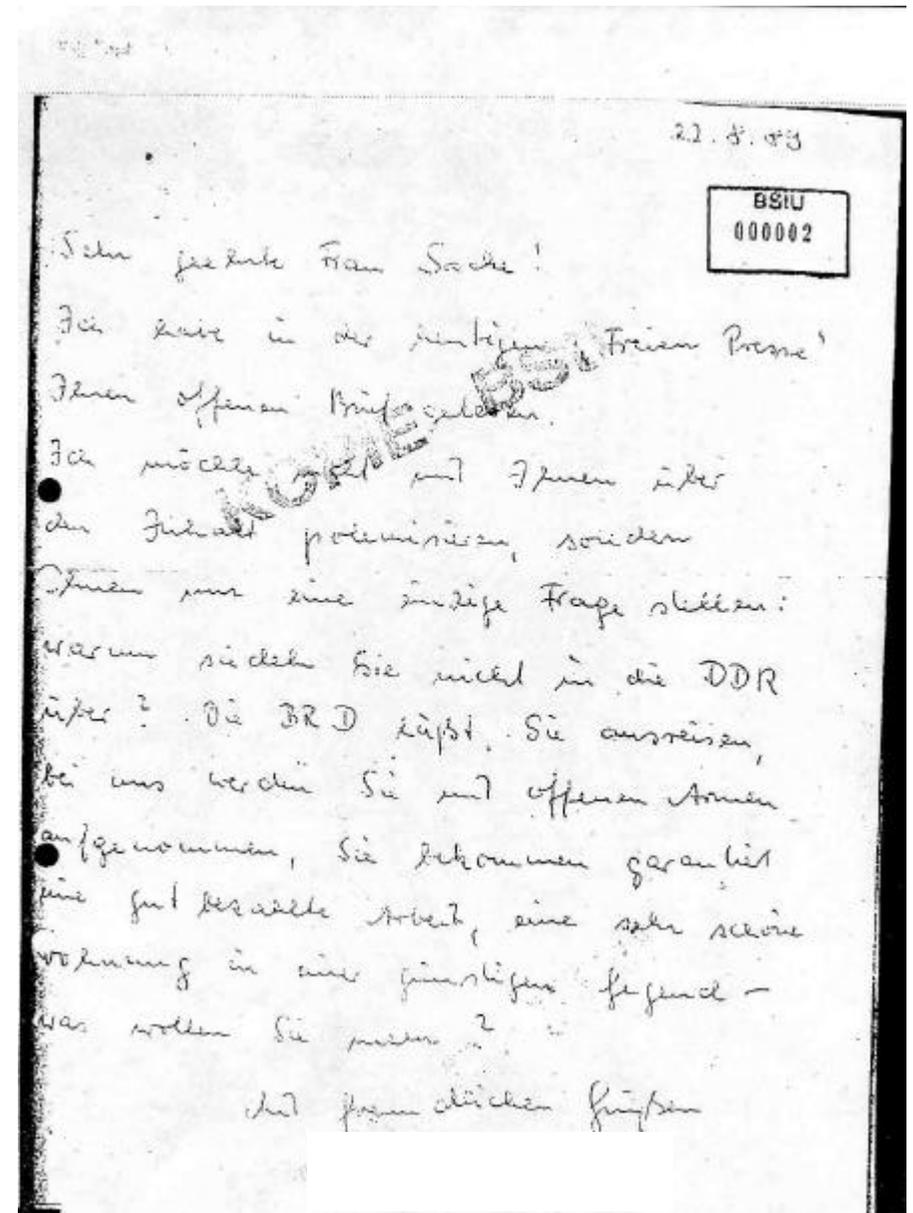
„WILLKOMMEN IN DER REPUBLIK!“

Diesen Brief hatte eine Frau aus Klingenthal ohne Durchschlag an Frau Sacks geschrieben. Sie fand ihn später in ihren Stasi-Unterlagen wieder.

Sehr geehrte Frau Sacks!

Ich habe in der heutigen „Freien Presse“ Ihren offenen Brief gelesen.
Ich möchte nicht mit Ihnen über den Inhalt polemisieren, sondern Ihnen nur eine einzige Frage stellen:
Warum siedeln Sie nicht in die DDR über? Die BRD läßt Sie ausreisen, bei uns werden Sie mit offenen Armen aufgenommen, Sie bekommen garantiert eine gut bezahlte Arbeit, eine sehr schöne Wohnung in einer günstigen Gegend – Was wollen Sie mehr?

22. 8. 89



Mit freundlichen Grüßen

Der Bürgermeister Herr Wagner aus der Gemeinde Striegistal schrieb folgendes:

Im September 1989 wurden auf einer Straße zwischen der Stadt Hainichen und dem Ortsteil Kaltofen der Gemeinde Pappendorf gleich zweimal nachts mit weißer Lackfarbe große Aufschriften „Neues Forum“ in großen Lettern auf die Straße aufgeschrieben.

Die „Täter“ wurden daraufhin von den zuständigen Organen der Deutschen Demokratischen Republik intensiv durch Ermittlungen gesucht. Ein Kochlehrling aus Berbersdorf fuhr in dieser Ermittlungsphase nachts nach Küchenschluss mit seinem Fahrrad von Hainichen über Kaltofen in seinen Heimatort Berbersdorf nach Hause.

Da er auf dem Gepäckträger einen größeren Karton festgeschnallt hatte, wurde er von einem ihn überholenden Mopedfahrer lautstark gestikulierend angehalten.

Der staatsgetreue Fahrer des Kleinkraftrades forderte den Koch auf, den Karton zu öffnen, in dem er die Werkzeuge zur Straßenbemalung, die Pinsel und Farben vermutete.

Leider hatte dieser Kochlehrling nur die übriggebliebenen Speisereste für seine Haustiere zur Verwertung mitgenommen.

Der Bürgermeister der Stadt Schlettau, Herr Greifhagen, schrieb uns folgende Geschichte:

Seit 1984 gab es eine Gruppe Freiwilliger, die sich um die Erhaltung unseres Schlosses, dem einzigen im Landkreis Annaberg, bemühte, nachdem führende Funktionäre der Meinung waren, das Schloß sollte einmal „warm abgetragen“ werden. Wir machten uns zur Aufgabe, die Erhaltung des Schlosses zu sichern, natürlich mit den uns zur Verfügung stehenden Mittel. In jedem Jahr versuchten wir Werterhaltungsmaßnahmen am Schloß durchzuführen, wie Sicherung des Giebels, Außenputzerneruerung, Erneuerung des Überganges und 1989 hatten wir uns der Erhaltung vom Dach des Turmes zugewandt. Genau am 10. Oktober 1989 waren wir soweit und setzen auf die Turmspitze eine Wetterfahne mit einer Kugel, in die wir die üblichen Informationen einbrachten, wie z. B. welche Staatsform zur Zeit besteht, die miserable Situation der Wirtschaft, die katastrophalen Bedingungen im Bauwesen, die Mangelsituation in der gesamten Lebensmittelwirtschaft, die Situation im Handwerk und viele andere örtliche Unzulänglichkeiten.

Nachdem am 18. 10. 1989 um 14.00 Uhr Erich Honecker zurücktrat und somit eine völlig neue Situation entstand und sich die Ereignisse teilweise überschlugen, kletterte ich am 26. 10. 89 nochmals auf das Gerüst und nahm mit noch zwei anderen Aktiven die Kugel ab und legte ein Schreiben von der jetzigen Situation in die Kugel der Wetterfahne.

Abschrift einer Erklärung der Freiwilligen Feuerwehr Plauen

Freiwillige Feuerwehr
Plauen
Wehrleiter

,den 08.10.89

Rat der Stadt Plauen
Abteilung Inneres
Unterer Graben 1

Plauen
9900

E R K L Ä R U N G

der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Plauen, zu den Maßnahmen
mit Tanklöschfahrzeugen des Kommandos Feuerwehr, am 07.10.89

Die Freiwillige Feuerwehr Plauen distanziert sich, und verurteilt auf das schärfste, das Vorgehen mit Tanklöschfahrzeugen gegen Bürger, anlässlich einer Kundgebung am 07. Oktober 1989, im Bereich Otto-Grotewohl-Platz und Umgebung!

Das zweckentfremdete Einsetzen von Tanklöschfahrzeugen als Wasserwerfer, gegen fast ausschließlich friedliche, unbewaffnete Bürger und Kinder, vereinbart sich auf keiner Weise mit den Aufgaben der Feuerwehr entsprechend dem Brandschutzgesetz vom 19.12.1974!

Durch diesen völlig sinnlosen Einsatzbefehl des Einsatzleiters der VP, wurden Leben und Gesundheit der, sich bis dahin überwiegend friedlichen Bürger gefährdet, sowie Löschfahrzeuge und Leben und Gesundheit der Besatzungen unverantwortbar aufs Spiel gesetzt!

Durch diesen Einsatz der Löschfahrzeuge ist das gute Ansehen der Feuerwehr auf das Größte geschädigt worden, sowie keine Vertrauensbasis mehr vorhanden!

Die Freiwillige Feuerwehr Plauen wird, bis ein Vertrauensverhältnis Bürger-Feuerwehr wieder entstanden ist, keine Maßnahmen im vorbeugenden Brandschutz durchführen, da ich als Wehrleiter die Gefährdung meiner Kameradinnen und Kameraden, durch verständliches emotionales Verhalten der Bürger, nicht verantworten kann!

Die Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr Plauen zur Brandbekämpfung bleibt gewährleistet.

Die Freiwillige Feuerwehr Plauen verurteilt jegliche Gewaltanwendung auf beiden Seiten in der derzeitigen, angespannten Situation, und erhofft bzw., erwartet eine friedliche Lösung aller anstehenden Probleme!

Wir erwarten zu diesen Maßnahmen eine Stellungnahme der staatlichen Organe!

Wohnungen ehemaliger DDR-Bürger werden umgehend neu vergeben

Berlin (ADN). Von DDR-Bürgern wird die Frage gestellt, was mit den frei gewordenen Wohnungen geschieht, deren bisherige Bewohner illegal die DDR verlassen haben. Gelegentlich wird verbreitet, daß derartige Wohnungen etwa für einen Zeitraum von einem Jahr freigehalten würden. Wie von zuständiger Stelle verlautet, gibt es eine solche Regelung nicht. Den örtlichen Organen wird anheim gestellt, frei gewordene Wohnungen umgehend an neue Mieter, die daran Interesse haben, zu übergeben.

Familie

Radebeul
8122

Bürgermeister

im Haus

Werter Kollege

!

Auf der Grundlage der Presseveröffentlichung vom 05.10.1989 (unter anderen ND, S. 8), bekräftige ich erneut meinen Antrag vom 17.9.1989 zur Übernahme des Eigenheimes Eduard-Bilz-Straße 51 g.

Wir begrüßen die Entscheidung durch die zuständigen Organe und hoffen nunmehr auf eine positive Entscheidung.

Mit sozialistischem Gruß

Am 24. Oktober 1989 geht ein Rundspruch vom Rat des Kreises Dresden an alle Bürgermeister mit dem Inhalt:

Rat der Stadt Radebeul
- Bürgermeister -

24. Oktober 1989
-/mü

Rat des Kreises Dresden
- Diensthabender -

R u n d s p r u c h an alle Bürgermeister

Durchführung von Gesprächen und Foren

Ziel: Durchführung der Auswertung der 9. Tagung, Einheit von Dialog und Handeln erreichen, Festlegung eigener Beiträge und Einbeziehung der Bürger in die Lösung von Aufgaben, Sicherung aller Versorgungs- und Betreuungsleistungen.

1. Radebeul, Radeberg und Radeburg haben am 26. 10. 89 Rathausgespräche durchzuführen.
2. Die geplanten Beratungen der Volksvertretungen und Einwohnerversammlungen sind durchzuführen.
3. Die Gemeinden Ottendorf-Okrilla, Weixdorf, Arnsdorf, Moritzburg und Cossebaude haben differenzierte Beratungen mit Bevölkerungsgruppen und in Jugendklubs durchzuführen.
4. In allen anderen Orten treffen sich die Räte mit Bürgern entsprechend der im Ort zu lösenden Aufgaben.

Alle Veranstaltungstermine mit Uhrzeiten sind dem Sekretär des Rates telefonisch - 400-2559 - bis Mittwoch, 9.00 Uhr mitzuteilen, wenn möglich, heute noch bis 18.00 Uhr.

Mit sozialistischem Gruß

gez.

Hinweis: Die Konzeptionen für die Rechenschaftslegungen fehlen noch!

Von einem Bürger aus Olbernhau wurde uns folgendes Ereignis von Ende Oktober 1989 geschildert:

... An einem Freitag hatte ich, als damaliger Gemeindearbeiter, Malerarbeiten an der Schule des Ortes auszuführen. Für die Farbe benötigte ich noch einen alten Eimer oder Topf, den ich mir kurz vorm Mittag schnell noch vom Schuttplatz holen wollte. Mit unserem uraltem, kleinen Gemeinetraktor, welcher trotz fehlender Ersatzteile immer noch lief und unser „Dienstfahrzeug“ darstellte, fuhr ich zum Schutt. Ich hatte oft dort zu tun. Bauschutt und Asche im Dorf abfahren gehörten mit zu meinen Aufgaben. Der Eingang zum Schutt befand sich hinter der Straßensperre. In der Regel winkte ich den Grenzern zu, fuhr links vorbei und bog zum Schuttplatz ein. Diesmal jedoch rannte mir ein Unterfeldweibel hinterher und bedeutete mir sofort anzuhalten. Ich sollte den Motor ausschalten und den Zündschlüssel aus dem Fahrzeug werfen. Da ich auch keinen Ausweis in meinen Malersachen einstecken hatte, sollte ich mit erhobenen Händen das Fahrzeug verlassen. Der Unterfeld legte seine Waffe auf mich an, und der Soldat, dem die ganze Angelegenheit ziemlich peinlich vorkam, durchsuchte mich. Als nächstes wurde über Funk gemeldet, man habe einen Grenzdurchbruch verhindert und den Verdächtigen festgenommen. Bitte um Abholung. Obwohl ich still stehenbleiben sollte, begann ich ein bißchen hin und her zu wandern und agitierte die Beiden ein wenig. Was sie für große Helden wären und das ihre Eltern bestimmt unheimlich stolz wären, könnten sie gerade sehen, wie sie mit der Waffe aufs eigne Volk losgehen. Die Zeit verging, über Funk wurde gefragt wo das Auto solange bleibt. Schließlich waren bald 45 min. um, ich hatte langsam Hunger und mußte außerdem pünktlich im Kindergarten sein, wollte ich noch etwas zu Essen haben. Also sagte ich: „Wißt ihr was, ich gehe jetzt erst mal etwas essen, und komme dann mit meinem Ausweis wieder.“

„Sie bleiben hier!“ „Ich gehe jetzt.“ Und ging los Richtung Dorf. „Stehenbleiben!“, „STEHENBLEIBEN; ODER ICH SCHIEßE“. Der schießt im ganzen Leben nicht, dachte ich mir und ging in aller Ruhe weiter ohne mich umzusehen. Dann hörte ich nur noch das Geräusch schneller Schritte, und schon hatte mir der Unterfeld seinen Gewehrkolben mit voller Wucht übers Kreuz gezogen. Ein stechender Schmerz durchfuhr mich, ich verlor das Gleichgewicht und ging in die Knie. „Hinlegen! – Beine breit! – Arme breit!“ Als nächstes entsicherte er seine Waffe und legte auf mich an. „Noch eine Bewegung und ich schieße!“ Der andere Soldat kontrollierte inzwischen die aus Richtung Rübenau kommenden Autofahrer, welche schockiert auf die Szenerie schauten. Dann wieder ein Funkspruch: „Der festgestellte Grenzdurchbrecher sei flüchtig, aber wieder festgenommen worden. Bitte sofort kommen!“ Es dauerte jetzt nicht lange bis ein Kradfahrer kam, der mich weiter bewachte. Ich lag immer noch mit ausgebreiteten Armen und Beinen auf der Straße. Kurz darauf brauste ein Militär-Wartburg heran, mit dem ich nach Grünthal zum Stützpunkt transportiert wurde. Da ich sämtliche Antworten, auch zu meinen Personalien verweigerte, wurde ich erst mal an eine Wäschesäule gebunden. Nach einer Weile versuchte man es im Guten mit mir. Wenn ich sagen würde wer ich bin und verspreche nicht wegzulaufen, könnte man mich auch wieder losbinden. Einer der einheimischen Grenzer kam dann dazu und sagte: „Das ist doch der Gemeindearbeiter von Rothenthal.“ Jetzt wurden mir die Fesseln abgenommen, der Bürgermeister unseres Ortes telefonisch informiert und unser Dorf-ABV auf seiner „Schwalbe“ zu meiner

Identifizierung herbei kommandiert. Anschließend brachte man mich zu meinem Traktor zurück, mit der dringenden Warnung, mich ja nicht noch einmal ohne Ausweis erwischen zu lassen ...

Ein Volkskammerabgeordneter aus Radebeul, der bei mehreren Bürgerforen immer wieder mit dem Problem des Wahlbetrugs konfrontiert wurde, schrieb am 7. Dezember 1989 einen Brief an den Staatsrat der DDR mit der Frage: „Wer hat und nach welcher Grundlage wurde die Vernichtung der Wahlunterlagen der Kommunalwahl vom 7. Mai 1989 veranlaßt?“

Er erhielt folgende Antwort:

STAATSRAT DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

Abteilung Staats- und Rechtsfragen

Sehr geehrter Herr ...

In Beantwortung ihres Schreibens möchte ich ihnen folgendes mitteilen:

Das bisher geltende Wahlgesetz enthält zu vielen im Zusammenhang mit Wahlen auftretenden Detailfragen keine Regelungen, so z. B. auch nicht, zur Behandlung von Unterlagen und Materialien nach Abschluß der Wahlen. Deshalb wurden generell bei allen bisherigen Wahlen solche für die praktische Tätigkeit der örtlichen wahlleitenden Organ erforderliche Durchführungsrichtlinien zum Wahlgesetz durch die Wahlkommission der Republik in Form von Wahldirektiven bzw., soweit es sich um organisatorisch-technische Fragen handelt, durch das von der Wahlkommission der Republik dazu beauftragte Zentrale Wahlbüro in Form von Merkblättern, Vordrucken, Einzelweisungen usw. geregelt. Zu den letztgenannten organisatorisch-technischen Fragen gehörte nach bisherigen Verständnis auch die Behandlung der bei den Wahlen anfallenden Materialien. Dabei wurde unterschieden zwischen den archivwürdigen, weil als Beleg für die Legitimität der Volksvertretungen aufzubewahrenden Schlußberichten der jeweiligen Wahlkommission über das Ergebnis der Wahlen zur betreffenden Volksvertretung sowie anderen Ausgangsmaterialien wie Stimmzetteln, Zähllisten, Niederschriften, Protokolle usw. Diese Unterscheidung beruhte darauf, daß die Schlußberichte die amtliche Zusammenfassung der anderen Wahlmaterialien durch die jeweilige Wahlkommission darstellen, der namhafte Vertreter aller Parteien und Massenorganisationen angehörten und die die Ordnungsmäßigkeit dieses Vorgangs durch ihre Unterschrift bestätigt haben. Bei den zuvor genannten Ausgangsmaterialien wurde aus damaliger Sicht davon ausgegangen, daß diese nicht für dauernd aufbewahrt werden müssen und aufgrund ihres Umfangs nur unnötig Archive belasten würden.

Dem und der bisherigen Praxis bei allen vorangegangenen Wahlen entsprechend wurde im Auftrage der Wahlkommission der Republik gegenüber den Leitern der Bezirkswahlbüros bereits 3 Wochen vor dem Wahltag und zwar mit Schreiben vom 13. April 1989 veranlaßt, für folgendes zu sorgen:

1. Zu gewährleisten, daß die Schlußberichte der jeweiligen Wahlkommission den betreffenden Volksvertretungen gemäß § 7 Abs. 1d des Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen zur Bestätigung vorgelegt werden. Diese amtlichen Dokumente liegen selbstverständlich zumindest bis zum Ende der laufenden Wahlperiode bei allen Volksvertretungen vor.
2. alle anderen Wahlmaterialien bei den Räten der Kreise bis zum 15. Juni geordnet und sicher aufzubewahren. Dabei wurde freigestellt, unbenutzte Vordrucke, Stimmzettel usw. entweder für zukünftige Wahlen aufzubewahren oder einer volkswirtschaftlichen Verwendung zuzuführen;
3. nach dem 15. Juni, also nach Ablauf der in § 43 des Wahlgesetzes gesetzten Frist für Einsprüche von Ausschüssen der Nationalen Front sowie nach der bis zum 2. Juni 1989 durch alle Volksvertretungen erfolgten Bestätigung der Schlußberichte der Wahlkommission, andere Materialien zu vernichten.

Zusammengefaßt: Aus damaliger Sicht wurde davon ausgegangen, daß, wenn in einem amtlichen Dokument die Teilergebnisse zusammengefaßt sind und damit das Ergebnis der Wahl zur betreffenden Volksvertretung von der jeweiligen Kommission bestätigt ist, kein gesetzlich zulässiger Einspruch vorliegt und die offizielle Bestätigung durch die Volksvertretung erfolgt ist, dann Ausgangsmaterialien nicht mehr benötigt werden.

Ich hoffe, mit der dargelegten damaligen Sach- und Rechtslage Ihnen die gewünschte Auskunft gegeben zu haben.

Hochachtungsvoll

Von einem Bürger aus Geithain stammt folgendes Gedicht aus dem Jahr 1989:

Die Sozialisten Max und Moritz

Jeder kennt das üble Paar,
das bei uns am Ruder war.
Max und Moritz sind dagegen
eher harmlose Kollegen.
Onkel Fritz und Witwe Bolten,
die das auch nicht gerne wollten
würden blaß vor so viel Sünden,
die jetzt alle Blätter künden.
Ist der Erich hoch im Norden
einst zum Jägersmann geworden.
Für Millionen schwer und viel
ließ er bau'n ein Domizil.
Im Verein mit den Genossen
wurden Böcke abgeschossen,
und im Böcke schießen Meister,
in der Wirtschaft, Günter heißt er.
Unser'm Volk nicht grad' zum Wohle,
setzt er auf die Braune Kohle.
Allzugroß war hier der Mief,
deshalb ging die Sache schief.

Erich war ihm wohlgesinnt,
weil Devisen man gewinnt,
die dem Umweltschutz entzogen
dann flugs nach dem Westen flogen.
Luxusgüter kauft man dort,
alle für den gleichen Ort.
Wandlitz mit dem feinen Laden
ging nun leider für sie baden.

Erich's Konto, das war voll
augenscheinlich ging's ihm wohl.
Arm war aber auch nicht Günter,
und er sorgt für seine Kinder.
Einen Fernsehapparat
hielt er sets für sie parat.
Auch an Autos war kein Mangel,
gab es da auch mal Gerangel,
wegen Volvo und Mercedes,
denn man ging nicht gern per pedes.
Häuser konnt' man baue lasse
und auch Datsche, jede Masse.
Urlaub konnt'man immer kriegen,
und man ließ sich dahin fliegen.
Ging mal die Gesundheit aus,
hatte man ein Krankenhaus.
Weil dem Volk man nicht wollt trauen,
ließ man eine Mauer bauen.
Alles hielt man in den Krallen,
dafür sorgten die Vasallen.
Und macht wirklich einer Faxen
hatte man ja Herrmann Axen.
Fühlt sich wer nicht aufgehoben
ward er einfach abgeschoben.
Biermann sang die falschen Lieder,
deshalb kam er auch nicht wieder.
Und darüber wachte quasi

Erich Mielke mit der „Stasi“.
Muckte da mal einer uff
schreit er: „Immer feste druff“!
Herrmännchen sorgt für die Presse.
Und, daß jeder hält die Fresse.
Harry Tisch, der Treibriemenschmierer,
und großer Gewerkschaftsführer,
sorgt, daß alle fleißig schaffen,
all die kleinen flinken Affen.
Denn der Rubel, der muß rollen,
wenn die Herren leben wollen.
Über diese 40 Jahre
für die schöne Luxusware.
Doch dem kleinen Mann auf Dauer
wurde allzubunt die Mauer.
Als in Ungarn fiel der Zaun,
da sind viele abgehaun.
Manche machten flott den Trabi
und dann ging es abi, abi.
Auch in Leipzig auf den Straßen
hab'n sich viele aufgeblasen
mit dem Ruf: „Wir bleiben hier“.
Aber auch: „Das Volk sind wir“.

Erich und auch Mittags Günter
kamen trotzdem nicht dahinter,
was das zu bedeuten hat,
und sie waren beide platt,
daß nun alles aus sein sollte

wie der Hahn bei Witwe Bolte.
Von dem fetten Hühnerschmaus
guckt nur noch ein Knochen raus.
Ja, das ist nun wohl das Ende,
da haben wir eine Wende.
Die Moral von der Geschicht,
traut den bösen Buben nicht.
Ob sie Max und Moritz heißen
oder wie der Mielke beißen,
oder von der Sorte sind,
werdet bloß nicht wieder blind.
Schaut den Großen auf die Finger,
wenn sie drehen krumme Dinger.
Dann mahlt sie zu Hühnerfutter
Und für uns ist all's in Butter.
Es sollte sein der letzte Streich,
folgt kein neuer allsogleich!

Spontan verfaßtes Gedicht zur ersten Kundgebung am 6. Dezember in Reichenbach:

Lieber, guter Nikolaus!

Schmeiß' die Bonzen endlich raus,
die uns um unsere Jugend gebracht,
die nur betrogen – Tag und Nacht,
die mit unserem sauer verdienten Geld
sich alles leisteten auf dieser Welt.
Und sag es auch dem Weihnachtsmann:
Wir sind jetzt mit dem Beschenken dran.
Steckt die Verbrecher in den Sack
und gebt die Rute dem Lumpenpack!
Was wir Jahrzehnte stumm ertragen,
soll nun die bösen Buben plagen.
Lass dieses Weihnachtsfest auf Erden
Für's deutsche Volk das schönste werden.

K. R.

Die Kundgebungsteilnehmer forderten, daß dieses Gedicht in der Freien Presse abgedruckt werden sollte. Wegen „Nichtunterbringung“ in der Berichterstattung kam es zu keiner Veröffentlichung.

Man bat die Verfasserin um Verständnis.



SÄCHSISCHE
STAATSKANZLEI

DER STAATSEKRETÄR
REGIERUNGSSPRECHER

SÄCHSISCHE STAATSKANZLEI
01099 DRESDEN

An alle
Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister
Bürgermeisterinnen und Bürgermeister
in Sachsen

Dresden, 11.01.1999
Telefon: (03 51) 5 64-13 00
Bearbeiter: Gundula Sell
Aktenzeichen: SK 31- wendogras.doc
(Bitte bei Anrufen angeben)

betr.: Chronologie der Wende
hier: Bitte um Mitarbeit

Sehr geehrte Damen und Herren,

das nun angebrochene Jahr 1999 verlockt als das zehnte nach der politischen Wende im Jahr 1989 zu Rückblicken. Die damaligen Ereignisse stehen vielen noch ganz frisch vor Augen, anderen, Jüngeren und damals nicht Dabeigewesenen, mögen sie allmählich schon im Nebel von Legendenbildungen verschwimmen. Doch ich meine, es ist wichtig, ein gutes Gedächtnis zu bewahren, nicht nur an die bewegenden Tage im Herbst, sondern auch an die Monate zuvor, in denen sich die Lage langsam zuspitzte und sich eine Unmenge kleinerer und größerer Ereignisse ansammelte, bis im Oktober dann der Damm brach.

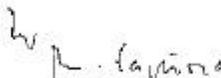
Diese meiner Meinung nach unglaublich spannende historische Entwicklung, insbesondere im Gebiet des heutigen Freistaates Sachsen, möchte ich gern den Medien (Presse, Radio, Fernsehen), hierzulande, aber auch im westlichen Teil der Bundesrepublik und darüber hinaus nahe bringen. Denn die Berichterstattung konzentriert sich meist auf Berlin und einige wenige Punkte außerhalb, was die Entwicklungen geradezu märchenhaft erscheinen läßt. Das wären sie nun aber nicht (wenn auch fast ein Wunder)! Gerade in Sachsen liegen viele Wurzeln für die friedliche Umwälzung, die es herauszuarbeiten gilt.

Daher meine Bitte:

Für eine gesamt-sächsische Dokumentation über das gesamte Jahr 1989 – nicht aus wissenschaftlicher Sicht, sondern in erster Linie als Anstoß für Journalisten oder andere Interessierte, die Geschehnisse konkret aufzugreifen – bitte ich Sie um ein paar kurzgefaßte Hinweise auf Ereignisse in Ihrer Stadt oder Gemeinde, von denen sich im Nachhinein herausstellt, daß sie mit auf die Wende hingeführt haben. Sei es die Arbeit von Bürgerrechts- oder kirchlichen Gruppen, die aufgebeht haben, seien es Aktivitäten rund um die

Volkskammerwahl oder um das massenhafte Ausreisen über Ungarn und die CSSR im Spätsommer, vielleicht auch Aktionen Einzelner, Herausgabe von Publikationen und Flugblättern, Aktivitäten in der Arbeitswelt, erste Demonstrationen und so weiter. Über einige wenige Notizen zu den wichtigsten Wende-Punkten, möglichst chronologisch zuordenbar, vielleicht mit Adresse und Telefon eines Ansprechpartners oder Zeitzeugen versehen, würde ich mich sehr freuen. Vielleicht gibt es in Ihrer Kommune einen Ortschronisten oder ein Archiv, mit deren Hilfe diese Bitte ohne großen Aufwand erfüllt werden kann. Wenn ich solche Informationen bis zum 19. Februar von Ihnen bekommen könnte, wäre das sehr hilfreich.

Mit freundlichen Grüßen und herzlichem Dank im voraus für Ihre Mithilfe


Michael Saguma

